

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Katholizismus und Nationalismus offenbaren Wesen und Grenzen ihrer Vereinbarkeit in der Geschichte der nordamerikanischen Paulisten, die mit päpstlicher Gutheißung vor 75 Jahren von Isaak Hecker, einem Abkömmling deutscher Protestanten, in Neuyork gegründet wurden. Ihre Monatschrift „The Catholic World“ (Februar 1933, S. 605—615) erinnert an die Tatsache, daß damals das katholische Kirchenwesen in den Vereinigten Staaten weit mehr irische, deutsche oder polnische als amerikanische Züge trug. Hecker aber empfand es als religiöse und nationale Notwendigkeit, die Kirche auf amerikanischem Boden dem amerikanischen Charakter anzupassen, und der ausgesprochene Zweck seiner Stiftung war die Verwirklichung dieses Zieles. Meilenfern lag es ihm, wesentliche Forderungen der katholischen Einheit zu durchbrechen, und auch als lange nach seinem Tode manche seiner Anhänger eines unkirchlichen „Amerikanismus“ beschuldigt wurden, sagte Leo XIII. in seinem Schreiben vom 22. Januar 1899 an Kardinal Gibbons von Baltimore nicht mehr, als daß die unter diesem Namen gehenden Bestrebungen den „Verdacht“ einer irrigen Abspaltung erwecken könnten (Denzinger 1975). Die Anklage „brach zusammen, sobald die amerikanischen Bischöfe sich in Rom für die Rechtgläubigkeit der Paulisten einsetzten“ („The Month“, März 1933, S. 241). Als vor einigen Jahren einer der frühesten Gefährten Heckers starb, schrieb die Neuyorker Jesuitenzeitschrift „America“ (5. Mai 1928, S. 91), der Beweis, daß die katholische Kirche „sich amerikanischen Bräuchen und Idealen ganz anpassen könne“, sei durch die Paulisten erbracht worden, und ihr Wirken in Presse und Schule, auf der Kanzel und in akademischen Zirkeln sei so bedeutend, daß man sich fragen müsse, wo die Kirche in Amerika ohne sie stände.

Daß andererseits die katholische Kirche auch unter sehr schwierigen Umständen gegen Trübungen der Glaubensreinheit von politischer Seite her Einspruch erhebt, sieht man aus einem Artikel des „Osservatore Romano“ (4. Januar 1933) über die faschistische Jugenderziehung. In der faschistischen Zeitschrift „Il Balilla“, die für Kinder von 6—14 Jahren bestimmt ist, war gesagt worden, der neue Italiener liebe seinen Nächsten wie sich selbst, wenn es sich um italienische Staatsangehörige handle. „Die andern braucht er nicht unbedingt zu lieben; es genügt, daß er sie solange achtet, als sie ihn achten.“ Darauf antwortet der „Osservatore Romano“, der neue Italiener müsse „unbedingt“ alle Menschen lieben wie sich selbst, auch seine Feinde, und die sogar dann, wenn sie ihn nicht achten. Die Erklärung des „Balilla“ verstoße gegen das ausdrückliche Gebot Christi. „Der Irrtum wiegt so schwer, daß wir sofort den Wunsch aussprechen müssen, er möge sich nicht wiederholen.“

Aus der bedingungslosen Wahrheit der katholischen Glaubenslehre folgt aber nicht die bedingungslose Falschheit anderer Religionen. Wahres ist

in ihnen mit Irrigem vermischt, und so läßt sich nach der „Civiltà Cattolica“ (4. März 1933, S. 145) die katholische Haltung gegenüber den Mohammedanern in die Worte fassen: „Wir erkennen mit Freuden an, daß aus eurer Mitte Aszeten und Mystiker hervorgegangen sind, die durch Lehre und Beispiel lebendige Strahlen geistlichen Lebens in die Welt des Islams gesandt haben. Wir möchten, daß der heutige Islam den reinen Quellen des Lichtes und des geistlichen Lebens, das aus Gott strömt, noch näher käme. Wir möchten, daß es unter den Mohammedanern der Gegenwart viele nach Gott dürstende Seelen gäbe, die imstande wären, die Menge eurer Gläubigen für das Suchen nach den wahren Werten zu begeistern, in denen allein das Menschenherz Ruhe für seine Sehnsucht nach unendlichem Glück findet.“

Diese versöhnliche Einstellung auf das Wahre und Gute in den nicht-katholischen Religionen ist für die Missionsarbeit gewiß nicht weniger notwendig als die Anpassung an Charaktereigenschaften und Einrichtungen der zu bekehrenden Völker. Daß die Grundlinien der Anpassung und andere Lieblingsgedanken der heutigen Missionstheorie schon dem Stifter des Jesuitenordens bekannt waren, belegt ausführlicher, als es bisher geschehen ist, der Spanier Jesús María Granero S. J. in seinem Buche „La acción misionera y los métodos misionales de San Ignacio de Loyola“ (Burgos 1932, Verlag El Siglo de las Misiones).

Nicht ganz so religionsfeindlich, wie man bisher glauben mochte, scheint der Aufbau der neuen Türkei verlaufen zu sollen. W. A. Harper von der Vanderbilt-Universität schreibt darüber in „The Journal of Religion“ (Januar 1933, S. 14—17): „Gespräche mit Gouverneuren der Provinzen, Beamten des Unterrichtsministeriums und Schulvorstehern überzeugen einen, daß die Türkei nicht gegen die Religion kämpfen, sondern sich nur gegen die Gefahr sichern will, daß der republikanische Idealismus durch die früher so verhängnisvolle Verquickung religiöser und staatlicher Macht schon in der Wiege erwürgt wird“. Deshalb sind auf türkischem Boden alle geistlichen Bildungsanstalten des Islams unterdrückt worden. Die religionswissenschaftliche Abteilung der Universität hat, weil ihre ausschließlich theoretischen Ziele niemand locken, seit 1931 keine Studenten mehr. Aber es scheint, daß Kemal Pascha, obwohl persönlich Atheist, auf die Hilfe des Islams für die staatsbürgerliche Erziehung nicht dauernd verzichten will und deshalb nach neuen Möglichkeiten sucht, religiöse Führer in diesem Geiste zu schulen.

Wichtiger als der Schutz des Staates ist für die Erhaltung der Religion selbstverständlich die innere Überzeugung von ihrer Wahrheit. In unserer oft zu beweisermüden Zeit erscheinen die „Praelectiones theologiae naturalis“ von Pedro Descoqs S. J. als Warnung und Wegweisung. Im Vorworte zum ersten Band (Paris 1932, Beauchesne) erklärt der Verfasser, es komme ihm nicht auf „schematische Vereinfachung“, sondern auf „strengste Kritik“ an; denn nur so gewinne ein entsprechend vorgebildeter Geist Freiheit und Kraft „zur Verteidigung der ewigen Wahrheit und des göttlichen Wortes“. Das auf drei starke Bände berechnete und in den grundlegenden Teilen lateinisch geschriebene Werk setzt sich,

meist in französischer Sprache, so ausführlich wie kein anderes dieser Art mit der gesamten Fachliteratur der Gegenwart auseinander.

Obwohl auf weitere Kreise ernster Leser berechnet, gibt das gründliche Buch „Christian Marriage: an Historical and Doctrinal Study“ von George Hayward Joyce S. J. (London 1933, Sheed and Ward) auf über 600 Seiten tiefe Einblicke in die innere Berechtigung und die geschichtliche Entwicklung der katholischen Ehegesetze, die seit Jahrhunderten einen großen Teil unserer höheren Kultur wesentlich mitbestimmt haben.

Über den Stand der katholischen Wissenschaft in Deutschland sagt Geheimrat Finke als Präsident der Görres-Gesellschaft (Jahresbericht, Köln 1933, Bachem): „Die Görres-Gesellschaft darf feststellen, daß einzelne Wissensgebiete einen starken Bestand katholischer Gelehrten aufweisen, daß manche ihrer Mitglieder zu den führenden Kräften einzelner Fakultäten zählen, und mit Freude anerkennen, daß weltanschaulich ihr Angehörige oder Nahestehende auch an den als protestantisch geltenden Universitäten erfolgreich ihr Amt ausüben“ (S. 80). Ebenso richtig aber betont Prälat Schreiber: „Es gibt noch viele Fächer, bei denen es wünschenswert ist, daß die Zahl der katholischen Gelehrtenpersönlichkeiten sich mehrt, die darin arbeiten“ (S. 107). Allzu oft wird, wie der Generalsekretär Professor Allgeier bemerkt, sogar von Akademikern übersehen, wieviel für die deutschen Katholiken von ihrer Geltung in der Wissenschaft abhängt, und wenn sie nicht mit äußerster Opferwilligkeit den seit längerer Zeit fühlbaren Ausfall öffentlicher Unterstützung einigermaßen wettmachen, „wird eine viel ernstere Lage geschaffen, als sie je in der Geschichte der Görres-Gesellschaft bestand“ (S. 26 f.).

Unter „überaus harten Arbeitsbedingungen“ hat in Österreich ein geistlicher Gymnasialprofessor neben seiner Amtstätigkeit ein mehrbändiges, streng wissenschaftliches Werk über ein für die Ausbreitung des Protestantismus besonders wichtiges Gebiet auf sich genommen. Der erste Band liegt vor: Karl Eder, *Das Land ob der Enns vor der Glaubensspaltung* (Linz a. d. Donau 1933, Winkler). Bis ins einzelne werden die „kirchlichen, religiösen und politischen Verhältnisse“ von 1490 bis 1525 quellenmäßig dargestellt und sorgfältig abgewogen. Zu den vielen Feststellungen von unmittelbarem Gegenwartswert gehören die Sätze: „Das Land ob der Enns hatte bei Ausbruch der Reformation keine einzige hervorragende geistliche Feder, der Klosterhumanismus versagte in der entscheidenden Stunde. Als später in der Landschaftsschule in Linz ein starkes geistiges Zentrum des Protestantismus entstanden war, wurde der Schaden langjähriger Versäumnisse klar“ (S. 287).

Ein deutliches Zeichen für den Aufstieg des katholischen Lebens in Frankreich ist nach den Darlegungen von Paul Doncoeur S. J. in der Einleitung seines Buches „*Retours en chrétienté*“ (Paris 1933, Grasset) die Tatsache, daß ein ansehnlicher Teil der akademischen Jugend für den Glauben, den Sakramentenempfang und ernsthaft sittliches Streben gewonnen ist. Aber in Staat und Gemeinde, in Beruf und Familie seien die christlichen Bräuche derart verfallen, daß man unter ihrem Verschwin-

den kaum noch leide. Und doch hält sich auf die Dauer kein christliches Leben in einer Gemeinschaft ohne christliche Bräuche. Deshalb beginnt P. Doncoeur auf Grund umfassender Studien die alten französischen Bräuche bei Geburt, Heirat und Tod zu beschreiben. Er will nicht den aussichtslosen Versuch einer Auferweckung der Vergangenheit machen, sondern aus der Kenntnis versunkener Einrichtungen soll die Gegenwart Licht und Kraft zur Schaffung neuer christlicher Bräuche gewinnen.

II.

Für katholische deutsche Auswanderer bieten sich nach einer Mitteilung der „Caritas“ (Januar 1933, S. 30 f.) im südbrasilianischen Staate Santa Catharina besonders gute Aussichten. Dort sind „seit einigen Jahren neue deutsche Kolonien für Katholiken im Entstehen begriffen, in denen nicht nur innerhalb eines Jahres der Einwanderer Selbstversorger wird, sondern wo er auch von den vor ihm Eingewanderten Hilfe und Unterstützung findet bei der Anlage seiner Urwaldfarm und der Gründung seiner Existenz. Schulen und Urwaldkapellen werden den Forderungen der Religion und der Bildung der Jugend gerecht.“ Freilich müssen alle auf harte Arbeit und einfache Lebensführung gefaßt sein. Ledige sollten 1300 bis 1500 Mark, Verheiratete je nach der Zahl ihrer Kinder etwa 3000 Mark zur Verfügung haben. Nähere Auskunft geben die Stellen des katholischen Raphaelsvereins in Hamburg und Bremen.

Der Wert solcher Hinweise ist angesichts der wirtschaftlichen Lage Deutschlands ohne weiteres klar, zumal wenn man in dem Buche des Braunschweiger Soziologen Theodor Geiger: „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“ (Stuttgart 1932, Enke), den statistischen Nachweis sieht, daß wir weniger als 1 % Hochkapitalisten, 32 % mittlere und kleinere Besitzer, 16 % Gehalt- oder Lohnempfänger höherer Qualifikation und 51 % Gehalt- oder Lohnempfänger niederer Qualifikation haben.

Die oft betonte wirtschaftliche Festigkeit des mittleren Besitzes wird durch die Erfahrungen des früheren Staatssekretärs Pünder in seinem halb landwirtschaftlichen, halb industriellen Regierungsbezirk Münster in Westfalen bestätigt. Er selbst erzählt darüber in der „Vossischen Zeitung“ (3. Januar 1933, Nr. 13), man treffe dort „einen Typ von Unternehmern an, die man im allgemeinen in der Wilhelmstraße, den Vorzimmern der Minister und den Berliner Konferenzsälen eigentlich kaum trifft“, ... den Typ des „selbständigen mittleren Unternehmers, der keinem Konzern angehört, sich keinen Syndikus hält, nicht Generaldirektor angedet wird und nicht in vielen Aufsichtsräten sitzt, den sparsamen Kaufmann und Unternehmer alter Zeit, ... der nicht mehr Kredit gibt, als er selber hat, und umgekehrt. Betrieben, die sich glücklich schätzen können, solche Persönlichkeiten an ihrer Spitze zu haben, geht es auch in der heutigen Zeit — nicht auffallenderweise — meist noch recht gut.“

Im Streit um das Ende des Kapitalismus sollte man sich nach Ansicht von Professor Th. Brauer („Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften“, 1933, Nr. 2) zur Rettung der Wirtschaft auf zwei Forderungen

einigen: „Die Mammutbetriebe sind unter öffentliche Kontrolle zu stellen“, und man muß für „Sicherung einer wirklichen Unternehmerinitiative im Rahmen einer wahren gewerblichen Selbstverwaltung“ sorgen. „Ob man das, was dann verbleibt, noch kapitalistische Wirtschaft nennen will oder nicht, ist eine Frage von ganz nebensächlicher Bedeutung.“ Persönlich vertritt Brauer den Standpunkt, „daß es keine kapitalistische Wirtschaftsweise mehr ist: denn in dieser ist das Arbeitsmittel (Kapital) dem Menschen übergeordnet“.

Aus ähnlichen Meinungsverschiedenheiten entsteht das häufige Fehlurteil, der Bolschewismus habe durch Stufung der Löhne einen kapitalistischen Grundsatz übernommen. Der vorzügliche Rußlandkenner Klaus Mehnert erzählt, was er darüber bei seinem letzten Wiedersehen mit der Sowjetjugend gehört hat („Die neue Rundschau“, Januar 1933, S. 101—103). Er sagte seinem kommunistischen Freunde: „Ich halte es für sehr klug, daß ihr, was ihr als die gleichmacherischen Tendenzen der letzten Jahre bezeichnet, über Bord werft und euch klar zum Leistungsprinzip bekennt. Ich weiß auch, daß schon Marx eine Epoche des Lohnes nach Leistung als notwendig ansah, ehe jene letzte Phase des Kommunismus mit einem Lohn nach den Bedürfnissen erreicht wird.... Und trotzdem frage ich mich: müßt ihr von eurem Standpunkt aus nicht die durch die scharfe Betonung des Leistungsprinzips entstehende Differenzierung fürchten?“ Darauf antwortete der Kommunist, einstweilen genüge die Gleichheit, daß „jeder nur nach seiner persönlichen Leistung, nicht aber nach Stand oder Bankkonto beurteilt wird“, und außerdem gewinne niemand durch sein Geld Macht über andere, weil der Staat alle Produktionsmittel fest in der Hand behalte. Mehnert drängte aber weiter: „Nur erkläre mir, wie soll aus diesem Zustand der Differenzierung und seiner zweifellos egoisierenden Wirkung auf den Menschen jene von euch erstrebte Phase des Kommunismus erwachsen, in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und nach seinen Bedürfnissen erhält?“ Der Kommunist wußte darauf bloß zu sagen, daß „auf dem Wege über das Leistungsprinzip“ eines Tages an Stelle des jetzigen Mangels der Überfluß getreten sein werde, also die Möglichkeit, „jedem nach seinen Bedürfnissen zu geben“. Da sich dann auch alle andern „sozialistischen Formen der Arbeit und des Lebens“ ausgewirkt hätten, stehe man wie von selbst im vollen Kommunismus. — Ob der Überfluß nicht wieder schwindet, weil vielleicht, sobald jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben wird, viele nicht mehr den genügenden Antrieb haben, nach ihren Fähigkeiten zu arbeiten, das erörtert weder Klaus Mehnert noch sein Freund.

Ohne Zweifel ist auch innerhalb des Kapitalismus die Möglichkeit des einzelnen, über sein Eigentum zu verfügen, immer geringer geworden. In Nordamerika haben A. Berle und G. Means in ihrem vielbemerkten Buche „The Modern Corporation and Private Property“ (Neuyork 1932, Commerce Clearing House) den Nachweis erbracht, daß drei Viertel des Volksvermögens in den Händen von Aktiengesellschaften irgend einer Form sind. Die Direktoren dieser Gesellschaften haben aber, wie die Verfasser zeigen, so viele gesetzliche Mittel, die Aktionäre, auch

die Besitzer der Aktienmehrheit, von der wirklichen Bestimmung über ihre Einzahlungen auszuschließen, daß die Aktie nur noch ein höchst zweifelhaftes Symbol des Eigentums ist. Weniger als zweitausend Menschen herrschen über das Vermögen vieler Millionen von Aktionären. — Die Not drängt jetzt allerdings den Handel mit Geld soweit zurück, daß die Neuyorker Wochenschrift „The Nation“ (1. März 1933, S. 228) berichten kann, in 127 Städten des Landes hätten sich bereits 159 Organisationen für Tauschhandel gebildet. — Das von Hoover 1929 eingesetzte „President's Research Committee on Social Trends“ hat von den vorgesehenen 15 Bänden seines Berichtes erst zwei herausgegeben, aber schon sie bestärken manche Politiker in ihrer Meinung, die Privatwirtschaft müsse weit mehr als bis jetzt vom Staate abhängig gemacht werden.

Die Fachausdrücke und die wichtigsten Fragen des Bankverkehrs wie des ganzen Kreditwesens erklärt das von M. Palyi und P. Quittner mit Hilfe zahlreicher deutscher und ausländischer Fachleute verfaßte „Handwörterbuch des Bankwesens“ (Berlin 1932, Springer) auf mehr als 600 Seiten in einer Sprache, die auch außerhalb der Geschäftskreise verstanden wird.

Im Jahresberichte der englischen Großbank „National Provincial“ stehen beachtenswerte Angaben des Vorsitzenden Sir Harry Goschen über den Wandel in der Frachtschiffahrt der Welt seit dem Kriege. Der britische Anteil am Tonnengehalt hat sich in dieser Zeit um 16% vermindert, der Gesamtanteil aller übrigen Länder verdoppelt. Dieser Umschwung ist nur durch staatliche Unterstützung der außerbritischen Schifffahrt möglich geworden. 35 Staaten schließen vom Küstenhandel und vom Frachtverkehr mit ihren Kolonien fremde Schiffe ganz aus oder lassen sie nur unter ungünstigen Bedingungen zu. Der nordamerikanische Steuerzahler hat seit 1920 für Unterstützung der Handelsflotte nach einer Berechnung von Sir Alan Anderson rund drei Milliarden Dollar zahlen müssen, also 200 Millionen Dollar mehr, als die Vereinigten Staaten bis 1931 von ihren Kriegsschuldnern erhalten haben.

Über das englische Wohnungselend teilt die Londoner Wochenschrift „The Spectator“ (13. Januar 1933, S. 33) mit, daß in London mehr als zweitausend Familien von sechs oder mehr Mitgliedern in einem einzigen Zimmer hausen. In Manchester fand man in einem Zimmer Vater, Mutter, Sohn und vier Töchter. In Bristol wohnen in einem Hause von zwölf Zimmern zehn Familien mit zusammen 45 Köpfen. In Edinburgh muß ein für zwei Personen geeignetes Zimmer dem Vater, der Mutter, vier Töchtern und drei Söhnen genügen. Nach vorsichtiger Schätzung müßte in England und Wales zusammen eine halbe Million Häuser aus Rücksicht auf die Gesundheit abgebrochen werden.

III.

Nachdem Adolf Hitler Ende Januar vom Reichspräsidenten durch Vermittlung von Papens überraschend schnell zur Kanzlerschaft berufen worden war, vollzog sich in ganz Deutschland eine politische

Wendung von links nach rechts. Bei den Reichstagswahlen am 5. März errangen Nationalsozialisten, Deutschnationale und Stahlhelm zusammen 52 % der Abgeordnetensitze, weniger auf Kosten der andern Parteien als durch starken Zuzug bisheriger Nichtwähler. Die Nationalsozialisten allein stellten 44 % der Abgeordneten und erhielten daher als bei weitem größte Partei die Führung in der ehrenvollen Aufgabe, gerecht und edel alle Deutschen für die gewissenhaft zu beratende Friedensarbeit an einer besseren Zukunft zu gewinnen. Da die hochgespannte politische Erregung außerordentliche Maßregeln zu fordern schien, verlangte Hitler als Reichskanzler in einer feierlichen Regierungserklärung am 23. März 1933 auf vier Jahre eine sehr weit gehende Vollmacht, unabhängig von Reichstag und Reichsrat Gesetze zu geben. Zugleich aber versprach er, das „kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der Länder“ des Reiches nicht zu vergewaltigen, die Rechte der Kirchen nicht anzutasten, das Christentum als Grundlage der Sittlichkeit des Volkes anzuerkennen, freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhle zu pflegen, das Privateigentum zu schützen und schließlich „die gesetzliche Fundierung der Neugestaltung der Verfassung“ durch das „Volk selbst“ bewilligen zu lassen. Deshalb stimmten angesichts der außergewöhnlichen politischen Notlage von den anwesenden 535 Abgeordneten nur die 94 Sozialdemokraten gegen die Ermächtigung. — Mit Berufung auf die eben erwähnten Zusicherungen Hitlers erklärten dann am 28. März 1933 die deutschen Bischöfe, ohne die in ihren früheren Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus liegende „Verurteilung religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben“, glaubten sie, „das Vertrauen hegen zu können“, daß die „allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig bezeichnet zu werden brauchen“.

Soweit die politische Haltung der deutschen Katholiken gegenüber dem neuen Staate durch die Richtlinien ihrer religiösen Überzeugung bestimmt wird, erinnern die Bischöfe „unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen und umstürzlerischen Verhaltens“ an die „Pflicht der Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit“ und ermahnen alle Gläubigen, „stets wachsam und opferfreudig einzutreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für Schutz der christlichen Religion und Sitte, für Freiheit und Recht der katholischen Kirche, für Schutz der konfessionellen Schule und der katholischen Jugendorganisationen“, wie überhaupt für „Ausbreitung und Wirksamkeit der katholischen Vereine“. Von politischen Organisationen wird erwartet, daß sie bei kirchlichen Funktionen alles „vermeiden, was als politische oder parteimäßige Demonstration erscheinen und daher Anstoß erregen kann“. — Sowohl das Zentrum wie die Bayerische Volkspartei, die trotz ungünstiger Umstände bei den Märzahlen zwei Sitze gewannen, und durch deren Stimmen die für das verfassungsändernde Ermächtigungsgesetz notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstage erst zustande kam, konnten ohne Wesensänderung auf den neuen Boden treten. In der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schrieb der Parteivorsitzende Staatsrat Schäffer („Bayerischer Kurier“ 8. April 1933, Nr. 98), für die Bayerische Volkspartei stehe gemäß ihrer stets nationalen und christlichen Vergangenheit ohne

weiteres in der gegenwärtigen Lage über allen Einzelvorbehalten „der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung ein Unglück und eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk wäre, und daß es deshalb Pflicht jedes Deutschen und jeder deutsch gesinnten Partei sei, mitzuhelfen, daß die jetzige Regierung auch Arbeit und Brot dem Volke bringen, einen nationalen Aufstieg im Innern erringen und deutsches Recht und deutsche Freiheit nach außen erkämpfen kann“. Im selben Sinne äußerte sich der württembergische Landesparteführer Dr. Beyerle auf einer Tagung des Landesausschusses der Partei („Augsburger Postzeitung“ 12. April 1933, Nr. 86): „Es wäre gegen das wahre Wohl des Volkes, wollte man den Versuch machen, der heutigen Regierung entgegenzuwirken.... Wir haben mit Befriedigung wahrgenommen, daß der Kanzler selbst die Kräfte und Werte der christlichen Religion hochschätzt und für die staatliche Arbeit begehrt. Hier ist der besondere Anknüpfungspunkt für uns — das ist die Grundtendenz unserer Mitarbeit: die Verwirklichung des Strebens nach christlichem Wesen im neuen Staat von unserer Seite her nach Kräften zu fördern und dadurch dem wahren Besten des deutschen Volkes zu dienen.... Aus solcher Grundeinstellung aber ergibt sich für uns auch Recht und Pflicht, vor Wegen und Maßnahmen zu warnen, die letzten Endes nicht zu einer glücklichen Entwicklung des Staates führen können.“ Schon am 29. März hatte ebenso die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 85) erklärt: „Wir werden unsere Vergangenheit nicht verleugnen, weil wir der Meinung sind, unsere christlichen und nationalen Prinzipien nicht preisgegeben zu haben.“ Gegenüber dem Neuen fühlen wir uns „verpflichtet zur positiven Haltung und Mitarbeit, damit hoffnungsvolle Keime sich zum Guten wenden“. — Die Christlichen Gewerkschaften konnten sich in stark besuchten Berliner Versammlungen auf die Entschließung ihres Kongresses vom Jahre 1926 in Dortmund berufen, wo es wörtlich heißt: „Die Christlichen Gewerkschaften stehen positiv zu allem, was das deutsche Volk und damit die deutsche Arbeiterschaft im christlichen und nationalen Sinne vorwärts und aufwärts führt. Daraus ergibt sich die bejahende Stellung der Christlichen Gewerkschaften zum Staat und zu seinen christlich-nationalen Grundlagen.“

Die durch Natur und Geschichte gegebenen Menschheitszusammenhänge werden in der gesamten deutschen Erziehung um so mehr zu beachten sein, als schon unsere Methoden mit den ausländischen verflochten sind. Im „Handbuch der Erziehungswissenschaft“ des Münsterischen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik stellt Josef Schröteler S. J. in dem von ihm herausgegebenen ersten Teil der „Pädagogik der Gegenwart in den großen Kulturländern“ (München 1933, Kösel & Pustet) nach Durchmusterung aller Erziehungsbestrebungen von 1900 bis 1930 fest (S. 10): „Es hält aber schwer, eine neue pädagogische Richtung aufzuzeigen, die ganz auf deutschem Boden erwachsen wäre. Zumeist sind es Fortbildungen und Umgestaltungen ausländischer Antriebe oder von Ideen, die auch sonst in der pädagogischen Welt gleichzeitig auftauchen.“

Da die deutsche Zukunft wesentlich von der deutschen Jugend abhängt, ist es erfreulich, daß festgestellt werden konnte, wie bei ihr der

Kommunismus durchaus nicht so große Fortschritte gemacht hat, wie oft angenommen wurde. Die „Kommunistische Internationale“ (25. Januar 1933, S. 75) klagte: „Die Bewegung der revolutionären Jugend bleibt infolge der schwachen Arbeit der kommunistischen Jugendorganisationen ziemlich stark zurück hinter der revolutionären Bewegung der erwachsenen Arbeiter. Die Folge davon ist, daß ein gewaltiger Prozentsatz der Arbeiterjugend in den verschiedenen Ländern noch in den Reihen der bürgerlichen Organisationen steht.“ Für Deutschland bestätigte das Hans Richard Mertel in der gegen die „rote Kulturrevolution“ gerichteten Märzangabe der „Süddeutschen Monatshefte“ (1933, S. 360) mit den Worten: „Der Kampf der Kommunisten um den Nachwuchs hat hauptsächlich deshalb so geringen Erfolg gehabt, weil die christlichen Jugendorganisationen ein machtvolles Bollwerk sind, das durch die rote Flut nicht zu erschüttern ist.“ Der Reichsvorstand des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands, der eine halbe Million Mitglieder zählt, verwies für die Richtung seiner Weiterarbeit unter den neuen politischen Bedingungen einfach auf sein „wahrhaft nationales und deutsches Programm“, das in seinem „Grundgesetz“ (Düsseldorf 1932, S. 20) bereits vor der staatlichen Umstellung in die Worte gefaßt war: „Volkspolitische Aufgabe des Jungmännerverbandes ist es, für seinen Teil mitzubauen an einem einigen und starken Reich der Deutschen, an einem neuen Deutschland in Frieden und Freiheit, mitzuarbeiten und als geschlossene Front miteinzutreten für eine Volksordnung, Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung aus Gerechtigkeit und Bruderliebe wie für den Völkerfrieden, dazu volkspolitische Bildung zu pflegen und volkspolitische Aktion der jungen Katholiken zu wecken.“

In dem prächtigen, über 700 Seiten starken Jahrbuch, das die Katholische Aktion für Argentinien herausgibt („Anuario Católico Argentino 1933“), gibt Prälat Napal, Verfasser eines gründlichen und auf dem dortigen Büchermarkt beipielloos erfolgreichen Werkes über den Bolschewismus, eine lehrreiche Beschreibung der Entwicklung des Kommunismus in Argentinien. Im benachbarten Montevideo liegt die von Moskau geleitete bolschewistische Zentrale für ganz Südamerika. Im Jahre 1932 begann sie eine erhöhte Tätigkeit auch in Argentinien, wo die riesig angewachsene Arbeitslosigkeit in Landwirtschaft und Industrie das Heer der aus allen Ländern zusammengeströmten Proletarier für die Revolution empfänglich machte. Schon bald nach dem Weltkriege waren kommunistische Gruppen entstanden. Durch Zellenbildung drang der Kommunismus rasch in die Arbeiterschaft, in die Vereine für Sport und Volksbildung und in die niederen und höheren Schulen. Aufreizende Flugblätter und Broschüren überschwemmten das ganze Land, Theater und Kino liehen ihre Unterstützung, und von Januar bis September 1932 ließ die Polizei, die nach Napals Bemerkung ebenfalls der „Arbeitslosigkeit“ verfallen war, es ruhig geschehen, daß monatlich im Durchschnitt hundert kommunistische Vorträge gehalten wurden. In sieben Sprachen erscheinen zahlreiche kommunistische Zeitungen, darunter vier jiddische. Im November 1932 wurde endlich verfügt, die Polizei habe alle gegen die Staatsgesetze

verstoßenden Äußerungen in Reden, Aufrufen, Versammlungen und Zeitungen zu unterdrücken. Natürlich begrüßt Napal dieses Vorgehen, aber er fügt hinzu, daß, um den Kommunismus zu überwinden, man zu seinen geistigen und wirtschaftlichen Quellen vordringen muß.

Moskau hat, offenbar auch unter dem Drucke seiner innern Schwierigkeiten, den Bestrebungen zur Sicherung des Weltfriedens dadurch eine neue Stütze gegeben, daß Litwinow in Genf erklärt hat, die Sowjetunion sei bereit, mit allen Ländern die beiderseitige Verpflichtung zu vereinbaren, auch im Falle einer Gegenrevolution keinen Angriff zu unternehmen. Rußland könne unbeschadet seiner Grundsätze auf gewaltsame Eingriffe in fremde Innenpolitik verzichten; denn es wisse, daß die Völker von selber den Weg zur Freiheit finden werden.

Dagegen hält Japan zur Rechtfertigung seines Vorgehens gegen China noch an der alten Auffassung fest, die bis zum Ende des Weltkrieges die Grundlage der englischen Marinepolitik gewesen und aus der französischen Kontinentalpolitik noch jetzt nicht ganz verschwunden ist. Die amerikanische Telegraphenagentur „United Press“ berichtete am 21. Januar 1933 aus Tokio, der japanische Außenminister Uchida habe bei Eröffnung des Parlamentes gesagt: „Jeder Friedensplan muß sich auf die Erkenntnis gründen, daß die aufbauende Kraft Japans die Garantie für die Ordnung in diesem Teile der Welt bildet.“ Japan habe nicht die Absicht, „mit irgend einem Lande Streit anzufangen“, sondern es wünsche, „sein nationales Dasein durch Mittel zu sichern, die mit dem Völkerrecht im Einklang stehen, und mit seinen Nachbarn zur Aufrechterhaltung des Friedens im fernen Osten und in der Welt Hand in Hand zu arbeiten“. Statt als Mitglied des Völkerbundes diesem die Schlichtung des Streites mit einem andern Mitgliede, mit China, zu überlassen, beansprucht also Japan das Recht, von sich aus zu entscheiden und den Vollzug dieser Entscheidung mit Gewalt zu erzwingen. Der Völkerbund hat der japanischen Regierung die Berechtigung zu ihrem Vorgehen abgesprochen und damit zwar den Grundsatz friedlicher Schlichtung gerettet, aber einstweilen nicht hindern können, daß die stärkere Militärmacht sich durchsetzt.

IV.

Das Sterben ist, wie Professor Erich Stern in der Frankfurter „Umschau“ (7. Januar 1933, S. 21—24) darlegt, „im Lichte psychologisch-medizinischer Forschung“ insofern nicht schrecklich, als die meisten Kranken dann bereits gegen alles gleichgültig geworden sind. Aber bevor ihre körperliche Schwäche zu dieser Abstumpfung führt, halten sie fast alle den Tod für etwas Furchtbares, auch wenn sie unter ihrer Krankheit schwer zu leiden haben. Die Religion offenbart hier sichtbar ihre Kraft: „Der Glaube kann, wo er wirklich echt und tief ist, die letzten Stunden des Menschen ungemein erleichtern, und in diesem Sinne kann der Empfang der Sakramente bisweilen geradezu erlösend wirken. Es gibt glaubensdurchdrungene Menschen, die den Tod wirklich als ein Eingehen in Gott betrachten und ihn erwarten, ruhig, gefaßt und freudig.“

Technische Vernichtung und zugleich technische Rettung des Lebens

der gesamten Menschheit glaubten seit Ende 1932 die nordamerikanischen Technokraten, deren Gedanken auch von der Zeitschrift des „Reichsbundes Deutscher Technik“ begrüßt und weltanschaulich überbaut wurden, mit wissenschaftlicher Sicherheit ankünden zu dürfen. Da ihr Führer, der Ingenieur Howard Scott, mit seiner Gruppe in der Newyorker Columbia-Universität Arbeitsräume benutzte, galt er in uferlosen Zeitungsreklamen rasch als Mitglied dieser Universität und ebenso unrichtig als Doktor der Universität Berlin. Mit Unsummen von Zahlen wurde bewiesen, was namentlich aus der Geschichte der englischen Industrie seit zweihundert Jahren bekannt war, daß durch neue Maschinen Menschenkraft verdrängt, also die Möglichkeit des Lebenserwerbs wenigstens zunächst für viele geschmälert wird. Aber während früher die im Verhältnis zur Handwerkerware billigere Fabrikware die Nachfrage, also auch die Produktion steigerte und so den Bedarf an Arbeitern wieder vermehrte, hätten die Techniker schon jetzt die Produktionsfähigkeit viel höher entwickelt, als die Wirtschaftler die Kaufkraft zu steigern vermocht hätten. Die Herrschaft gebühre also der Technik, und nur sie könne durch Regelung des Lebens nach Energie-Einheiten den Untergang der Menschheit aufhalten. Bevor die Technokraten aber sagen konnten, wie das zu machen sei, trennten sich am 23. Januar die vier tüchtigsten Mitarbeiter von Scott, und auch die Columbia-Universität will nichts mehr mit ihm zu tun haben, sondern die etwa brauchbaren Anregungen selbständig weiterverfolgen.

Die optische Technik Deutschlands fand eine bemerkenswerte Anerkennung durch den Auftrag zur Einrichtung der päpstlichen Sternwarte in Castel Gandolfo. Ihr Direktor, der Holländer Johannes Stein S. J., schreibt darüber in der in 's Hertogenbosch erscheinenden Monatschrift „Studiën“ (Januar 1933, S. 1—11), die in den Vatikanischen Gärten liegende Sternwarte habe sich teils wegen der den heutigen Aufgaben nicht mehr entsprechenden Instrumente, teils wegen der immer weiter vorgedrungenen Straßenbeleuchtung Roms als zu mangelhaft erwiesen. Deshalb läßt der Papst auf einer 430 Meter über dem Meere gelegenen Terrasse seines Sommersitzes in Castel Gandolfo eine neue Sternwarte bauen. Ein Sachverständiger der Firma Zeiß in Jena stellte die Zuverlässigkeit der Untermauerung fest. Die Firma arbeitete dann die Pläne aus und erhielt am 11. November 1932 den Auftrag, nacheinander innerhalb zweier Jahre die Einrichtung zu liefern. Wie mir Herr Franz Fieseler, Bevollmächtigter der Firma Zeiß, mitteilte, handelt es sich um zwei Kuppeln, um ein Spiegelteleskop mit einem Astrographen, einen Koordinatenmeßapparat, einen Spektrographen, mehrere Objektivprismen, einen Komparator, ein Photometer und um Neumontierung eines schon vorhandenen Fernrohres. Die Kuppeln werden mit Schwenkbühnen ausgerüstet, auf denen der Beobachter in bequemer Stellung durch bloßen Druck auf den Knopf einer elektrischen Leitung jeder wünschenswerten Bewegung des Fernrohres folgen kann. Die Berliner Askania-Werke bauen ein Mikrophotometer, und für das astrophysikalische Laboratorium, das unter Leitung des Öster-

reichers Alois Gatterer S. J. steht, liefert die Münchener Firma Steinheil einen großen Prisma-Spektrographen.

Daß aber auch in der Technik das Neueste nicht gerade immer siegt, beweist die Gasbeleuchtung in England. Aus dem Jahresbericht einer Londoner Gesellschaft geht hervor, daß die Stadtverwaltung von Westminster auf 15 Jahre den Vertrag erneuert hat, wonach mitten in London Straßen von zusammen über 50 Meilen Länge, darunter so weltberühmte Verkehrsadern wie Whitehall, Regent Street, Pall Mall, mit Gas beleuchtet werden. Dieselbe Gesellschaft hat außerdem erreicht, daß in mehreren Städten die elektrische Beleuchtung durch Gas ersetzt wurde, und sie hat mehr als 700 000 Abnehmer für Gasbeleuchtung in Häusern.

Umschau

Bemühungen um eine bessere Psalmenübersetzung

Zum Zwecke einer gerechten Beurteilung der neueren Versuche, die sich um die wissenschaftliche Herstellung und kirchliche Einführung einer dem Urtext getreuen und zugleich leicht verständlichen Übersetzung der Psalmen bemühen, ist es wohl angemessen, das eigentliche und zunächst einzige Ziel dieser Bestrebungen deutlich zu kennzeichnen.

Die offenkundige Verbesserungsbedürftigkeit unseres gebräuchlichen Psalterium Gallicanum, bei dessen Fertigung der hl. Hieronymus zu seinem eigenen großen Leidwesen nicht einmal die Verbesserungsmöglichkeiten seiner Zeit voll ausnützen durfte, wird heute allgemein anerkannt. Meistens aber glaubt man dann gleich beifügen zu müssen, daß alle Hoffnung auf eine wirkliche Verbesserung, soweit es dabei auf den öffentlichen Gebrauch in der Liturgie ankomme, aussichtslos sei.

Das wird gewöhnlich damit begründet, daß man es der Kirche nicht zumuten dürfe, sich für eine neue Übersetzung zu entscheiden, bevor die umfangreichen Vorarbeiten für eine solche Verbesserung zu ganz sicheren und allseitig angenommenen Ergebnissen geführt hätten. Dieser Grund für ein sehr besonnenes Vorgehen in einer so wichtigen Sache ist natürlich durchaus berechtigt. Aber die Betonung, die dieser Forderung der behutsamen Vorsicht oft gegeben wird, könnte den Schein erwecken, als sei ihre Erfüllung einstweilen noch nicht mög-

lich. Ja, manchmal wird aus Unkenntnis der textkritischen Lage der Dinge das Ziel eines verständlichen Psalters so dargestellt, daß man glauben müßte, es sei für immer unerreichbar.

So fand sich noch jüngst in „La Vie Spirituelle“ (Dez. 1932, S. 325 f.) eine Behandlung unserer Frage, die den Hauptgrund für die Schwerverständlichkeit des Psalters zunächst mehr in der Fremdartigkeit seines Kulturhintergrundes als in der Minderwertigkeit der Übertragung suchen wollte. Die Übernahme des Psalters aus dem Tempeldienst in die christliche Liturgie kann bei der typischen Anlage des ganzen Alten Testaments wirklich nicht für die Sinnlosigkeit so vieler Psalmstellen verantwortlich gemacht werden. Das ist eine Verdunkelung des wahren Tatbestandes, die uns zu hindern droht, das Übel dort zu erkennen, wo ihm abzu- helfen wäre. Die Unvollkommenheit der Übersetzung hat nicht nur dazu beigetragen, die Verwirrung noch größer zu machen, sie ist vielmehr die Hauptursache des Mißstandes. Darin liegt aber auch das Tröstliche und Hoffnungsreiche unserer Lage, daß eine Besserung möglich ist.

Dürfen wir denn nicht heute, ja müssen wir nicht aus Ehrfurcht vor dem Worte Gottes jene Unvollkommenheit der Übersetzung, die in der Vetus Latina des 2. Jahrhunderts durch die Unkenntnis des Hebräischen entschuldbar war, mit unserem besseren Können beseitigen? Wir müssen doch ernstlich bedenken, daß es in unserem Psalterium eine sehr große Zahl von Stellen gibt,